

Podiumsdiskussion

„Menschen mit Behinderung fragen – Politiker antworten!“

08.02.2011 – Baden-Württembergische Bank

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsrunde:

- Marta Aparicio, Die Linke Baden-Württemberg
- Gabriele Heise, FDP Baden-Württemberg
- Andrea Krueger MdL, CDU Baden-Württemberg
- Brigitte Lösch MdL, Bündnis 90 / Die Grünen Baden-Württemberg
- Wolfgang Wehowsky MdL, SPD Baden-Württemberg

- Peter Benzenhöfer, Vorstand Landesverband Lebenshilfe Baden-Württemberg
- Ramona Günther, Beirat der Menschen mit Behinderung der Lebenshilfe Baden-Württemberg
- Robert Kleinheitz, Vorstand LAG Werkstattträte Baden-Württemberg
- Armin Rist, Beirat der Menschen mit Behinderung der Lebenshilfe Baden-Württemberg
- Hans-Joachim Ruschke, Vorstand LAG Werkstattträte Baden-Württemberg

Insgesamt saßen 141 Zuhörerinnen und Zuhörer aus ganz Baden-Württemberg im Publikum!

Zusammenfassung der Diskussion

1. Bildung

Fragen:

Behinderte und nichtbehinderte Kinder sind in Kindergarten und Schule immer noch getrennt. Was wollen Sie tun um das zu ändern?

Zusammenfassung der Antworten:

Die CDU weist darauf hin, was im Moment alles getan wird zur Vorbereitung der Änderung des Schulgesetzes im Jahr 2013. SPD, GRÜNE, LINKE und FDP sagen, dass noch viel getan werden muss.

Die SPD, die GRÜNEN und die LINKE wollen, dass alle Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam auf die Schule gehen. Die FDP und die CDU wollen, dass Eltern wählen können, ob ihr Kind mit Behinderung eine Sonderschule oder eine Regelschule besucht.

Antworten:

- Andrea Krueger CDU:

Die CDU versteht unter Bildung nicht nur Schule. Alle Bürger sollen die Möglichkeit zu lebenslanger Bildung haben – in Kindergarten, Schule und nach der Schule.

Um den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung voranzubringen, soll das Schulgesetz im Jahr 2013/2014 geändert werden. Hierzu gibt es einige Vorbereitungen, die zur Zeit gestartet werden. In 5 Landkreisen in Baden-Württemberg wird als Modell erprobt, wie Inklusion gelingen kann. Außerdem werden alle Eltern von Kindern mit Behinderung vom Schulamt zu einem Gespräch eingeladen, bei dem gemeinsam überlegt wird, wo das Kind am besten zur Schule geht.

- Wolfgang Wehowsky, SPD

Inklusion muss ganz früh beginnen. Schon in der Kindertagesstätte sollen Kinder mit und ohne Behinderung zusammen sein.

Baden-Württemberg braucht einen „Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“. In diesem Plan wird festgeschrieben, wie die UN-Konvention in Baden-Württemberg umgesetzt wird.

- Brigitte Lösch, GRÜNE

Inklusion ist Menschenrecht.

Dazu reicht es nicht, an fünf Modell-Standorten in Baden-Württemberg Inklusion auszuprobieren. Es gab auch schon genügend Modelle und Projekte zur Erprobung von Inklusion. Jetzt sollte Inklusion flächendeckend umgesetzt werden.

Das Geld, das jetzt für Sonderschulen ausgegeben wird, kann genutzt werden, inklusive Regel-Schulen für alle zu finanzieren.

- Gabriele Heise, FDP

Die Veränderung der Schule hin zu mehr gemeinsamer Schule für Kinder mit und ohne Behinderung ist nicht so schnell gegangen wie gewünscht. Wir müssen noch viel tun. Es braucht zum Beispiel ausgebildetes Personal und die passenden Mittel für gemeinsamen Unterricht.

Für die FDP steht das Wahlrecht der Eltern im Mittelpunkt. Die Eltern sollen entscheiden, was für ihr Kind mit Behinderung das Beste ist.

Die Sonderschulen sollen nicht abgeschafft werden.

- Marta Aparicio, LINKE

Die Linke will eine Ganztages-Schule für alle, die gut ausgestattet ist. Es braucht gute finanzielle Mittel und gutes Material, damit alle in dieser Schule gut lernen können. Jeder soll in diese Schule gehen können, es darf keine „Sonderschul-Pflicht“ mehr geben.

In dieser Gemeinschaftsschule wird Inklusion verwirklicht.

Deswegen ist die Linke dafür, dass man in der Zukunft die Sonderschulen abschafft.

2. Arbeit

Fragen:

Die Politik redet immer mehr davon, dass Menschen mit Behinderung außerhalb der Werkstatt arbeiten sollen. Wie soll das gehen?

Wenn es auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht klappt:

Kann ich dann zurück in die Werkstatt für behinderte Menschen?

Warum verlangen manche Sozialämter, dass behinderte Menschen schon mit 60 Jahren in Rente gehen? Was kann man dagegen tun?

Zusammenfassung der Antworten:

Die Linken wollen die Werkstätten auf Dauer abschaffen. Alle anderen

Parteien sagen: „Wir werden die Werkstätten immer brauchen.“

Alle Parteien sagen, dass behinderte Menschen nicht früher in Rente gezwungen werden dürfen. Sie müssen gleich behandelt werden wie andere Rentner.

Antworten im Einzelnen:

- Andrea Krueger, CDU:

Der Arbeits-Markt ist kein Wunsch-Konzert. Der Chef muss den Lohn bezahlen. Dafür muss er eine Leistung vom Mitarbeiter erwarten können.

Natürlich sollen mehr behinderte Menschen „normale Arbeits-Plätze“ bekommen können. Aber wir werden auch die Werkstätten immer brauchen. Und außerdem sind die Integrations-Firmen sehr wichtig.

- Wolfgang Wehowsky, SPD:

Die Werkstätten sind wichtige Einrichtungen. Aber sie müssen nicht für alle behinderten Menschen eine Dauer-Einrichtung sein.

Wenn ein Mitarbeiter sich traut, aus der Werkstatt rauszugehen, darf er deswegen keine Nachteile haben.

Es muss so sein: Er kann in die Werkstatt zurückkommen kann, wenn es draußen nicht mehr klappt.

Für die Rente gilt die Gleich-Behandlung. Es muss also kein behinderter Mensch vor dem normalen Renten-Alter in Rente gehen. Das liegt zurzeit zwischen 65 und 67 Jahren.

- Brigitte Lösch, GRÜNE:

Wir brauchen einen 1. und einen 2. Arbeits-Markt.

Es ist das Ziel, dass mehr behinderte Menschen auf dem 1. Arbeits-Markt arbeiten. Das heißt: außerhalb der Werkstatt. Dafür gibt es die Integrations-Fachdienste.

Die Werkstätten als 2. Arbeitsmarkt sind weiter wichtig. Sie müssen sich aber verändern. Sie müssen in Zukunft eher so arbeiten wie Integrations-Betriebe.

- Gabriele Heise, FDP:

Für die FDP ist es wichtig, dass es die Werkstätten weiterhin gibt.

Behinderte Menschen müssen wählen können. Ob sie in der Werkstatt arbeiten wollen oder außerhalb. Und auch der Weg zurück in die Werkstatt muss unterstützt werden.

Für die Rente fordert Frau Heise auch die Gleich-Behandlung. Wahrscheinlich werden hier nur „Kosten verschoben“: Die Sozial-Ämter wollen dadurch erreichen, dass sie keine Kosten für die Eingliederungs-Hilfe mehr haben. Es darf aber nicht sein, dass das zulasten des behinderten Menschen passiert.

- Marta Aparicio, LINKE:

Die LINKEN wollen längerfristig die Werkstätten abschaffen.

Die Arbeit muss in unserer Gesellschaft so organisiert werden, dass Menschen mit Behinderung auf dem Arbeits-Markt nicht ausgeschlossen werden. Sie müssen die notwendige Assistenz bekommen.

Die Firmen zahlen lieber die Ausgleichs-Angabe. Weil die so billig ist. Billiger, als wenn man den behinderten Menschen in der Firma anstellt.

Und an den Werkstätten kritisieren die LINKEN, dass der Lohn dort viel zu niedrig ist. Das Ziel muss sein: behinderte Menschen verdienen mit ihrer Arbeit so viel, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können.

3. Wohnen und Leben in der Gemeinde

Fragen:

In der UN-Konvention steht: „Jeder soll selbst wählen, wo und mit wem er wohnt. Niemand soll in besondere Wohnformen gezwungen werden.“

Wie will die Politik das umsetzen?

Was tun Sie dafür, dass behinderte Menschen bei der Stadt-Entwicklung besser berücksichtigt werden? Dass zum Beispiel in neuen Wohn-Gebieten behindertengerechte Wohnungen entstehen?

Was tut Ihre Partei für mehr Barrierefreiheit?

Zusammenfassung der Antworten:

Alle Parteien sagen, dass Menschen mit Behinderung selber wählen sollen, wo und mit wem sie wohnen. Die CDU sagt aber, dass manche Menschen, die nicht selber wählen können, im Wohnheim sehr gut leben.

Die Parteien sind sich einig, dass noch viel für Barrierefreiheit getan werden muss. Es muss zum Beispiel mehr barrierefreie Wohnungen geben.

Antworten:

- Andrea Krueger, CDU

Es macht keinen Sinn, festzulegen, dass ein Anteil der neu gebauten Wohnungen für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen soll. Es muss so sein, dass alle neuen Wohnungen barrierefrei sind. Dazu gibt es in Baden-Württemberg schon viele Förderprogramme für den Wohnungsbau, die alle vorschreiben, dass neu gebaute Wohnungen barrierefrei sein müssen.

Barrierefreiheit geht aber noch weiter, zum Beispiel braucht es auch barrierefreie Urlaubsangebote. Es braucht auch barrierefreien Rundfunk, zum Beispiel Untertitel im Fernsehen für gehörlose Menschen.

Insgesamt gibt es noch viele Barrieren, die abgebaut werden müssen.

Aber: etwas, das für Menschen mit Behinderung gut ist, dient allen Menschen. Es hilft allen Menschen, wenn Barrieren in unserer Gesellschaft abgebaut werden.

Beim Thema Wohnen gibt es Menschen mit Behinderung, die brauchen eine beschützte, betreute Umgebung in einer Wohneinrichtung. Für andere Menschen mit Behinderung ist es möglich, die Wohnung selber zu wählen. Es braucht daher beide Angebote: Wohnplätze in betreuten Wohneinrichtungen und eigene Wohnungen für Menschen mit Behinderung.

Das Persönliche Budget unterstützt Menschen mit Behinderung, dass sie selber wählen können.

- Wolfgang Wehowsky, SPD
Menschen mit Behinderung dürfen nicht gezwungen werden, in eine bestimmte Wohnform oder in ein bestimmtes Viertel zu ziehen. Die UN-Behindertenrechtskonvention stärkt die Teilhabe und das Wahlrecht von Menschen mit Behinderung. Allerdings wirkt bei der Auswahl der Wohnung der Sozialleistungsträger mit. Er trägt die Kosten und schaut darauf, dass Menschen mit Behinderung keine Nachteile entstehen und die Wohnung zu ihren Bedürfnissen passt.
Beim Bau und der Entwicklung von Städten muss auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung geachtet werden. Es braucht mehr barrierefreie Wohnungen, dazu müssen viele bestehende Wohnungen umgebaut werden. Hierzu braucht es Förderprogramme für den privaten und den öffentlichen Bereich.
- Brigitte Lösch, GRÜNE
Die Umsetzung der UN-Konvention scheitert derzeit in der Praxis aufgrund des „Mehrkosten-Vorbehalts“. Das heißt, dass ein ambulantes Wohnangebot nicht mehr kosten darf als ein stationärer Platz in einem Wohnheim. Dabei steht aber im Gesetz: „Kein Mensch soll in einer Wohnform leben, in der er nicht leben will.“ Alle Menschen haben die gleichen Rechte.
Für den Bau neuer Wohnungen braucht es ein neues „Wohnraum-Förderungsgesetz“. Das heißt, dass der Bau neuer Wohnungen mit Geld unterstützt wird. Hier könnte geregelt werden, dass ein Teil der neu gebauten Wohnungen für Menschen mit Behinderung zur Verfügung steht.
- Gabriele Heise, FDP
Bisher wurde zu wenig gemacht. Die FDP muss nachholen, denn in Baden-Württemberg muss noch viel für Barrierefreiheit getan werden.
Die Verbände von Menschen mit Behinderung sollen dazu möglichst frühzeitig beteiligt werden.
Im Bereich Wohnen braucht es viele verschiedene Angebote, eine sogenannte „Angebotspalette“. Es braucht die bestehenden Wohn-Angebote, dazu entwickeln sich auch viele neue Wohn-Angebote, aus denen Menschen mit Behinderung auswählen können.
- Marta Aparicio, LINKE
Viele reden vom „Wunsch-Konzert der Linken“. Sie meinen, dass die LINKE sich viele Dinge wünscht, die so in Baden-Württemberg nicht umgesetzt werden können. Dabei gibt es bei uns in Baden-Württemberg genug Geld. Es muss nur anders eingesetzt werden. Zum Beispiel die Milliarden für den neuen Bahnhof in Stuttgart (S 21). Damit könnten viele Ideen der LINKE umgesetzt werden.

Insgesamt muss die „Selbstorganisation“ der Menschen mit Behinderung gestärkt werden. Sie sollen bei allen wichtigen öffentlichen Dingen beteiligt werden. Sie sind Experten in eigener Sache, zum Beispiel bei der Stadt-Entwicklung und Stadt-Planung.

4. Politische Mitwirkung von Menschen mit Behinderung

Fragen:

Nur wenige Städte und Gemeinden haben Behinderten-Beiräte oder einzelne behinderte Menschen als Gemeinderäte.

Was kann man dagegen tun?

Stellt Ihre Partei politische Informationen in leichter Sprache zur Verfügung, zum Beispiel das Wahlprogramm?

Zusammenfassung der Antworten:

CDU und FDP sagen, Behinderten-Beiräte soll man freiwillig einrichten. Das klappt auch ganz gut. Die anderen Parteien wollen, dass Kreise und Gemeinden Behindertenbeiräte einrichten müssen. Das soll im Gesetz stehen.

GRÜNE und LINKE haben schon ein Wahlprogramm in leichter Sprache. SPD und CDU erarbeiten das gerade. Die FDP hat diesmal kein Wahlprogramm in leichter Sprache, will das aber in Zukunft ändern.

Antworten:

- Andrea Krueger, CDU:
Die Mitwirkung von behinderten Menschen in der Kommunal-Politik macht sehr viel Sinn. Frau Krueger fordert dazu auf, dass behinderte Menschen sich einbringen.
Die CDU ist aber dagegen, dass man den Kreisen und Gemeinden gesetzlich vorschreibt, Behinderten-Beauftragte und Behinderten-Beiräte einzurichten. Bis auf drei Kreise haben das alle schon freiwillig gemacht.
Das Land hat neben dem Behinderten-Beauftragten auch schon einen Landes-Behinderten-Beirat eingerichtet.
Frau Krueger weiß nicht, ob es das Wahl-Programm der CDU auch in leichter Sprache gibt. (Anmerkung: Es ist in Arbeit.)
- Wolfgang Wehowsky, SPD:
Die Mitwirkung von behinderten Menschen an der Politik ist sehr wichtig. Vor einem Jahr war Herr Wehowsky auf einer großen Tagung in Karlsruhe zur UN-Konvention. Er war begeistert über die kritischen und guten Fragen, die behinderte Menschen dort gestellt haben.

Die SPD will, dass die Kreise und Gemeinden Behinderten-Beiräte einrichten müssen. Das soll im Landes-Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz stehen.

Leichte Sprache ist sehr wichtig. Das Wahl-Programm der SPD in leichter Sprache ist fast fertig und wird jetzt gedruckt.

- Brigitte Lösch, GRÜNE:
Es hat nicht richtig geklappt, dass die Kreise und Gemeinden Behinderten-Beiräte freiwillig einrichten. Und deshalb wollen auch die GRÜNEN, dass das jetzt im Landes-Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz geregelt wird. Die Grünen wollen außerdem, dass Behinderten-Beauftragte Menschen mit Behinderung sein sollen. Denn die wissen, wovon sie reden.
Das Wahl-Programm der GRÜNEN in leichter Sprache ist schon fertig.
- Gabriele Heise, FDP:
Menschen mit Behinderung sind gefordert, sich stärker in die Politik einzubringen. Frau Heise findet, dass das heute eine tolle Veranstaltung ist. „Machen Sie so weiter!“ Man muss die Mitwirkung bei den Parteien einfordern. Die FDP ist für Behinderten-Beiräte. Aber sie ist auch dagegen, dass man das gesetzlich festlegt.
Man soll auch nicht festlegen, dass Behinderten-Beauftragte immer Menschen mit Behinderung sein müssen. Es gibt ja auch Menschen mit verschiedenen Behinderungen. Und die haben unterschiedliche Interessen. Die FDP hat es leider „verschlafen“, ein Wahl-Programm in leichter Sprache zu schreiben. Frau Heise findet das peinlich. In Zukunft wollen sie das auch machen.
- Marta Aparicio, LINKE:
Sie findet das Motto der behinderten Menschen gut: „Nichts über uns ohne uns!“
Die LINKEN fordern, dass es in allen Kreisen und Gemeinden Behinderten-Beauftragte gibt, die für diese Arbeit angestellt und bezahlt werden. Beim Land Baden-Württemberg ist der Behinderten-Beauftragte gleichzeitig als Staats-Sekretär im Sozial-Ministerium Mitglied der Regierung. Das findet Frau Aparicio gar nicht gut.
Ein Wahl-Programm der LINKEN in leichter Sprache liegt auch schon vor. Leichte Sprache ist sehr wichtig. Sie gehört zu einer „Barriere-freien Kommunikation“.

5. Abschlussfrage

Frage:

Behinderte Menschen fordern schon seit Jahren einen neuen (und kleineren!) Behinderten-Ausweis.

Setzen Sie sich dafür ein?

Was machen Sie für die Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention?

Zusammenfassung der Antworten:

Alle Parteien wollen sich für einen neuen, kleineren Behindertenausweis einsetzen.

CDU und FDP sagen, dass man die Umsetzung der Konvention nicht von oben vorschreiben kann. Es müssen alle mitmachen und es muss sich in den Köpfen etwas verändern.

SPD, GRÜNE und LINKE betonen, dass sie sich von Anfang an für die Umsetzung der UN-Konvention eingesetzt haben.

Antworten:

- Andrea Krueger, CDU
Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist eine Querschnittsaufgabe. Es müssen alle mitmachen. Man kann dies nicht von oben vorschreiben. Für mehr Chancengleichheit für alle muss sich etwas in den Köpfen verändern.
Die CDU ist für den verkleinerten Behindertenausweis.
- Wolfgang Wehowsky, SPD
Die SPD setzt sich schon von Anfang an für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Ebenfalls fordern wir, dass in Baden-Württemberg bald ein Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention erstellt wird.
Die SPD ist für den verkleinerten Behindertenausweis.
- Brigitte Lösch, GRÜNE
Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist den Grünen wichtig – sie haben sich bereits stark dafür eingesetzt.
Für einen neuen, kleineren Behindertenausweis muss die sogenannte Schwerbehinderten-Ausweis-Verordnung geändert werden. Dies muss auf Bundesebene gemacht werden. Das Land Baden-Württemberg kann sich aber dafür einsetzen, dass die Verordnung umgesetzt wird.
Die Grünen sind für die Veränderung.
- Gabriele Heise, FDP
Die Veränderung des Behindertenausweises müsste möglich sein.
Die Behindertenrechtskonvention ist eine gute Basis. Sie kann der Anstoß

dafür sein, dass sich etwas verändert.

Dies kann man aber nicht von oben verordnen. Die Politik kann dafür werben, dass die UN-Konvention vor Ort gelebt wird. Das ist ein Lernprozess, das heißt, wir alle müssen dazu lernen und uns weiter entwickeln. Das braucht Zeit.

- Marta Aparicio, LINKE

Die Linke wird sich im Bundestag für einen kleineren Behindertenausweis einsetzen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist für die Linke ein großes Anliegen, sie wollen die Integration für alle.